

Ottendorfer Zeitung

Local-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich beim Abholen von der
Geschäftsstelle 1,0 Mk., frei ins Haus
1,20 Mk.
Einzeln Nummer 10 Pfg.
Erscheint Dienstags, Donnerstags und
Sonnabends Nachmittags.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigen-Preis:
Die einpaltige Zeile oder deren Raum
20 Pfg., Lokalpreis 15 Pfg.
Reklamen auf der ersten Seite 40 Pfg.
Anzeigenannahme
bis spätestens Mittags 12 Uhr des
Erscheinungstages.

Druck und Verlag von Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 4

Freitag, den 10. Januar 1919.

18. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Wahlen zu deutschen Nationalversammlung.

Die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung findet für die Gemeinde Ottendorf-Okrilla, welche einen Stimmbezirk bildet, **Sonntag, den 19. Januar 1919 von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr** im Gasthofe zum „Schwarzen Kopf“ hier statt.

Es sind ernannt worden:
Gemeindevorstand Richter als Wahlvorsteher. 1. Gemeindevorsteher Bud als Stellvertreter. Gemäß § 30 der Wahlordnung wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Ottendorf-Okrilla, am 9. Januar. 1919.

Der Gemeindevorstand.
Richter.

Neuestes vom Tage.

— Neue Kundgebungen in Berlin. Die unabhängigen Sozialdemokraten wählten am Dienstag nicht was sie mit den Massen ihrer Anhänger, die sich in der Siegesallee ansammelten, antworten sollten. Sie zogen durch die Tiergartenstraße nach dem Reichsmarineamt und veranstalteten eine Kundgebung für den 53er Ausschuss der Marine. Die Regierung hat jetzt alle Vorbereitungen getroffen, sich ihrer Haut zu wehren. Die Reichskanzlei macht den Eindruck eines Truppenübungsplatzes. Artilleriegeschütze und Maschinengewehre sind hinter den Fenstern und in den Ecken des Hofes aufgestellt. Überall starke Wachen, feindlich-schamlos gekleidet, mit Stahlhelmen. Auch das Büchsen- und Ferdinand-Palais gegenüber der Reichskanzlei ist stark besetzt. Dort hat die Suppe Garde, die Vereinnung der aktiven Unteroffiziere, sich häuslich niedergelassen. Bei ihnen finden sich auch zahlreiche Studenten ein, die sich den Unteroffizieren zur Verfügung stellen und bewaffnet werden. Gegen 7 Uhr abends wurde gemeldet, dass vom Hallischen Tor aus ein mit Maschinengewehren und mit Bewaffneten besetztes Auto im Anmarsch sei. Als der Wagen die Leipziger Straße kreuzte, eröffneten die Unteroffiziere mit schweren Maschinengewehren das Feuer. Das Auto lehnte schiefen um und fuhr durch die Bogenstraße davon. Auch das Brandenburger Tor ist stark mit Bewaffneten besetzt, der Reichstag auf der Südseite mit Maschinengewehren besetzt. Bei den Kämpfen vor dem Kriegsministerium, bei denen es auch zahlreiche Tote und Verwundete gegeben hat, ist schließlich eine Einigung zwischen den kämpfenden Parteien zustande gekommen, dass das Kriegsministerium von beiden Parteien besetzt wurde. Ueber die Stellung der in Berlin ruhenden Truppen ist etwas Zuverlässiges nicht zu erfahren. Zahlreiche Truppenkörper sollen wenig Neigung haben, sich an der Anstragung der Streitigkeiten zu beteiligen, sie scheinen vielmehr ebenso wie die Matrosendivision Neutralität beobachten zu wollen. Am Dienstag ist es bisher nur zu einer harmlosen Schießerei vor dem „Vorwärts“ gekommen, der immer noch in den Händen der Revolutionäre ist.

— Die Reichsdruckerei ist, wie die „Bon“ berichtet, in die Gewalt der Spartakusleute gelangt, die die Gebäude in den Händen halten und die Vorräte an festem Papiergeld mit Beschlag belegten.

— Die lebhaftesten Kämpfe fanden um den Anhalter Bahnhof statt, den die Spartakusleute verschiedentlich zu stürmen versuchten. Das gut geleitete Feuer der Regierungstruppen verjagte jedoch jedesmal den Ansturm, sodass die Spartakusleute schließlich in regelloser Flucht das Kampffeld

räumen mussten. Der Bahnhof ist heute in den Händen der Regierung und dem Verkehr geöffnet. Bei den Kämpfen wurde auch die in der Nähe gelegene Druckerei der „Roten Fahne“ von Regierungstruppen besetzt, sodass das Blatt gänzlich nicht erscheinen konnte.

— Die Angaben über die Vorgänge in Berlin entsprechen sich in ihren Einzelheiten vollkommen. Was Wahres daran ist, lässt sich nur schwer feststellen, da die Telegramm- und Korrespondenzbüros zum Teil besetzt sind, zum Teil wegen der allgemeinen Verkehrsstockungen nicht arbeiten und die Verbindung mit den amtlichen Stellen so gut wie abgerissen ist. In allen übrigen Schwierigkeiten kommt, dass am Mittwoch vormittags auch die Straßenbahnen den Betrieb eingestellt haben, da die Angestellten eine Lohnverbesserung verlangt und der Verwaltung ein Ultimatum eingereicht hatten, was am Dienstag abließ. Da auch die Stadtbahn, die Vorortbahnen und die Untergrundbahn nicht mehr verkehren, liegt der ganze Verkehr lahm. Trotzdem gehen die Demonstrationen weiter, und auch die Schießereien nehmen ihren ungeführten Fortgang.

— Der Volksbeauftragte Scheidemann erklärte einem Parteifreunde, die Regierung werde nicht nachgeben und nicht kapitulieren. Sie sei jetzt entschlossen, den ihr aufgewungenen Kampf bis zu Entscheidung durchzuführen und sie sei über den Ausgang des Kampfes nicht im Zweifel. Dem Terror einer bewaffneten Minderheit werde die jetzige Regierung sich nicht fügen, ohne Rücksicht auf die Dauer der Kämpfe, die niemand von der Regierung herbeigewünscht habe.

— Mühlheim (Ruhr) und Oberhausen haben die Spartakusanhänger die öffentliche Gewalt an sich gerissen. Es wurde die Herrschaft des Proletariats nach russischem Muster proklamiert.

Dertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 9. Januar 1919.

— Das Hetzen von Theatern, Sälen und Kirchen verboten. Eine Bekanntmachung des Sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsministeriums verbietet bis auf weiteres das Hetzen 1.) von Theatern jeder Art, einschließlich der Kino-Theater und von Zirkusgebäuden, 2.) von Sälen und Räumen für den Gebrauch als Konzert- und Vortragssäle, für die Abhaltung von Festlichkeiten jeder Art, einschließlich der Familienfestlichkeiten und Tanzstunden, 3.) von Kirchen. Für die angeführten Räume dürfen weder Kohlen noch das in öffentlicher Bewirtschaftung stehende aus sächsischen Forsten stammende Brennholz von den Versorgungsbezirken freigegeben werden.

— Kirchliche Mobilmachung. Im Hinblick auf die bevorstehende Trennung von Kirche

und Staat hat sich ein Volkskirchlicher Laienbund für Sachsen gebildet, der seine Geschäftsstelle in Dresden hat, und dessen Arbeitsausschuss aus zehn besonders kirchlich interessierten Persönlichkeiten besteht. Der Bund bezweckt einen schnellen Zusammenschluss von Männern und Frauen der Landeskirche ohne Rücksicht auf Parteirichtung. Er will für die Kirche eintreten, vor allem auch durch feste Fühlungnahme mit deren berufenen Vertretern und mit den neu entstandenen kirchlichen Arbeitsgemeinschaften — Nach dem Vorgang von Leipzig und Dresden sind in fast allen sächsischen Kirchenkreisen besondere Kirchenausschüsse gebildet worden, in denen vorwiegend Laien sind. — Eine Massenkundgebung durch Unterschriften ist im Gange, die gegen jeden einseitigen Nachspruch des Staates über die Kirche Verwahrung einlegt. — Der Besfall des Katechismusunterrichts aus den Volksschulen veranlasst das Evangelisch-Lutherische Landeskonfessionarium ein Ausschreiben beauftragt einer kurzen vollständigen Anleitung zum häuslichen Katechismusunterricht zu erlassen.

Kloßsche. Der aus der Untersuchungs-haft vorgelassene Arbeiter Fritz Weinich machte sich vor einiger Zeit mit den beiden Brüdern Engelbrecht, nachdem er mit ihnen geredet hatte, in der Nacht nach Kloßsche auf, wo sie die ehemalige Boltzwehr erbrachen, die zur Aufbewahrung von zur Verteilung an die Unruher bestimmten Lebensmittel diente. In aller Frühe verschafften sie sich einen Handwagen und fuhren darauf Lebensmittel im Werte von 1700 Mark davon. Von der Beute konnten die Dieben Nahrungsmittel im Werte von 900 Mk. bald wieder abgenommen werden. Die Diebe G. waren jedoch flüchtig geworden. Wie es heißt, wurden sie jetzt in Berlin ermittelt. Weinich ist österreichischer Deserteur. Wegen des in Kloßsche verübten schweren Diebstahls wird er zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dresden. Etwa 500 Personen, meist junge Burschen, Soldaten und Frauen, immer zogen gestern unter Vorwänden von drei roten Fahnen im geschlossenen Zuge von der Neustadt nach der Altstadt vor das Ständehaus, Reichendeschloß und Neue Rathaus. Unausgesetzt wurden Hochrufe auf Liebknecht, Rosa Luxemburg und den Bolschewismus ausgebracht. Vor dem Rathaus angekommen, gingen einige junge Leute gegen die Wache vor und raubten hier einen Teil der Munition. Dann wurde der Umzug wieder unter ständigen Hochrufen fortgesetzt; doch zerrückten sich bald die Massen, ohne daß es zu Störungen kam.

— Die staatlichen Vorortstraßenbahnen Nitten Köpchenbroda und Arsenal-Kloßsche-Hellerau, die aus nichtstädtischem Werke mit Strom versorgt werden, müssen wegen Kohlenmangels bis auf weiteres vollständig außer Betrieb gesetzt werden.

Leipzig. Durch einen Einbruch in die im 3. Stock des Grundstücks Reichstraße 32 gelegenen Lagerräume ist eine hiesige Rauchwarenfirma schwer geschädigt worden. Ein großer Posten Pelzwaren, meist verschieden gefärbte Fäbche, Secklanine, Steinmauder, Fehlschweife, Hamsterfutter usw., sind den Dieben, die offenbar gute Ortskenntnisse besessen haben, in die Hände gefallen.

Die Verstaatlichung der Betriebe.

Wir sehen politisch und finanziell vor einem Trümmerhaufen. Es gilt ihn wieder aufzubauen, aber zugleich mit einer furchtbaren Last auf den Schultern, wie sie die Friedensbedingungen unserer Feinde uns auf-

bürden werden. Das einzige Atium, das wir aus dem Zusammenbruch des Reichs retten können, ist unsere wirtschaftliche Kraft. Darum muß alles geschehen, um dieser größtmögliche Entfaltung zu gewähren. Das bedeutet aber freie Wirtschaft. Beseitigung der Zensuren, des staatlichen Zwangs überall da, wo eine staatliche Kontrolle nicht unbedingt im Interesse der Allgemeinheit auch weiterhin geboten ist.

Die Verstaatlichung der Betriebe, die gegenwärtig so vielen als das im Augenblick Wichtigste erscheint, ist im Gegenteil gerade das, was wir jetzt am allerwenigsten gebrauchen können. Die Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften lehren das eindringlich genug. Selbst der tüchtigste Beamte kann nun einmal, das liegt im Wesen der Sache, nicht das leisten, was der freie Unternehmer zu leisten vermag, da ihm einerseits der Anreiz des persönlichen Gewinns fehlt und ihn andererseits das Gefühl der Verantwortung hemmt. Daher erzeugt oder verkauft der Staat stets teurer als der Privatfabrikant oder Kaufmann. Es gilt also jetzt mehr denn je, die schöpferische Kraft des freien Kaufmanns wieder in ihr Recht einzufügen, um wirtschaftlich aus unserem Zusammenbruch herauszuholen was noch möglich ist. Die freie Wirtschaft liegt auch im Interesse namentlich des kleineren Verbrauchers, des Angestellten und Arbeiters. Es ist dies durch die bekannte, von der Hamburger Konsumenten-kammer veranlaßte Erklärung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates gegen jede Verstaatlichung des deutschen Einfuhrhandels von berufener Seite anerkannt worden und liegt im übrigen ja auch nur zu klar auf der Hand. Jede staatliche Zwangsbewirtschaftung führt unvermeidlich (der Krieg hat es uns bewiesen) zum Schleichhandel und damit zu einer maßlosen Verteuerung der Ware.

Gegen die Verstaatlichung der Betriebe spricht vor allem aber auch die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, die vorsieht, daß aller staatlicher Besitz dem Feind als Faustpfand für seine Kriegsschadensersatzforderungen dienen soll. Es wäre demnach geradezu Wahnsinn, jetzt Verstaatlichungen vorzunehmen, die dem Feind nur in die Hände arbeiten bei seinem Bestreben, möglichst viel Faustpfänder von uns zu erhalten. Da unsere Gegner mit deren Ueberlastung einen unmittelbaren Einfluß auf Produktion und Preisgestaltung in Deutschland gewinnen, so würde die Verstaatlichung der Betriebe, wenigstens vor Abschluß des Friedens, nicht nur bedeuten, daß eine große Zahl der wichtigsten Verbrauchsmittel für den deutschen Konsumenten durch den Druck der feindlichen Maßnahmen verteuert würde, sondern auch daß wir in der Ausfuhr unserer wichtigsten Rohstoffe und Fabrikate aufs schwerste gehemmt würden und uns damit die einzige uns jetzt noch verbleibende Möglichkeit, unsere Wirtschaft wieder aufzurichten, zerstört würde.

Endlich ist es auch noch ein einfach selbstverständliches Gebot, daß so tief einschneidende Fragen wie die Verstaatlichung von großen Produktionszweigen nicht von einer Kommission oder von einzelnen, zur Zeit in der Nacht feindlichen Massen unseres Volkes verfaßt werden, sondern daß hierüber vielmehr die Gemeinschaft des Volkes zu bestimmen hat. Es kann daher lediglich nur Sache der durch die Wahlen zur Nationalversammlung hervorgegangenen Vertreter des deutschen Volkes sein, über diese Lebensfragen zu entscheiden.

